

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Ordnungsgemäß mit Nummer der Seite und Zeitungsnummer 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzahlung monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter zugewogen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Mitarbeiter und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Zeitungspreis 1 Mk. für die 6-gelbte Kreiszeitung oder deren Raum, Lokalpreis 1/2 Mk., Restsumme 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Anzeigensauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-gelbte Kreiszeitung 3 Mk., Tageszeitungsbeilage 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch General übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenschreiber trägt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 136.

Dienstag den 14. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Dienstag den 14. Juni vormittags von 9—12 Uhr auf hiesiger Freibank **Kalb-Reiſch** in rohem Zustande. Pfundpreis 6.50 Mark.
Grumbach, am 13. Juni 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Ein Aktionsplan zur Räumung des ober-schlesischen Abwehrgebietes soll durch die Militärbehörden der Entente vereinbart worden sein.
- * Nach zuverlässigen Schätzungen haben insgesamt 6680 Deutsche durch den Polenraub in Oberschlesien Heim und Arbeitsstätte verloren, weitere 15.252 sind ihrer Arbeitsstätte verlustig gegangen.
- * Vor dem Reichsgericht endete der fünfte Kriegsbeschuldigtenprozess mit der Freisprechung des Angeklagten, des Studenten der Rechte, Hamböhr.
- * Die Generalkriegsgerichte wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis in München ist nur teilweise beachtet worden.
- * Die vierte Gewinnverlosung der deutschen Sparprämienanleihe findet am Freitag, 1. Juli, und hieran anschließend die zweite Tilgungsauslosung statt.
- * Der französische Kolonialminister Sarraut hat das verbreitete Gerücht für unbegründet erklärt, wonach Frankreich das Mandat, welches es für Kamerun erhalten hat, an Deutschland abgeben werde.
- * Der Senat in Washington hat sich für ein lebendes Heer von 150.000 Mann ausgesprochen.

Zwischen Ost und West.

Wir sollen uns durch die heimische Feuerdrum, die all unser Sinnen und Denken in Anspruch nimmt, den Blick für fernere Vorgänge nicht vollständig trüben lassen. Insbesondere kann es nicht schaden, wenn wir den Vorgängen im fernem Osten doch ab und zu wenigstens einige Aufmerksamkeit schenken.

Wäher ist in Deutschland eine Mitteilung kaum beachtet worden, die doch in hohem Grade auffällig genannt werden muß. Danach kündigte der japanische Marineminister vor wenigen Tagen die Zurückziehung aller maritimen und militärischen Kräfte Japans aus dem südlichen, pazifischen Ozean an, d. h. also, daß Japan seine gesamten militärischen Kräfte in der Heimat konzentrieren und seine Subbesetzungen vorläufig unbeschäftigt lassen will. In dem Gebiet um die Insel Yap befinden sich zurzeit keine japanischen Seestreitkräfte mehr, was natürlich mit dem euerzischen Auftreten der amerikanischen Regierung in dem Konflikt um diese Insel und um die Abelfrage in Verbindung gebracht wird. Japan, das lange Zeit hindurch in diesen Fragen eine unnahelegliche Haltung einnehmen zu wollen schien, soll neuerdings darin etwas mildere Saiten aufgejogen haben, vielleiht auf die Nachricht hin, daß die Vereinigten Staaten ihre sämtlichen Kampfschiffe unter völliger Einwirkung der atlantischen Küste im pazifischen Ozean zu stationieren im Begriffe seien. Selbstverständlich wurde diese Flottenbewegung mit der Versicherung begleitet, daß sie sich nicht gegen Japan richte, sondern nur aus allgemeinen und praktischen Gründen erforderlich geworden sei, die mit der Verteidigung der amerikanischen Westküste zusammenhängen. Aber in Japan weiß man natürlich ganz genau, wie solche Beruhigungsspiele zu verstehen sind. Man besitzt in ihrer Ausfertigung selber einige Meisterschaft und hat nicht umsonst den Ruf des misstrauischsten Volkes der Erde gewonnen. In Tokio wird man sich also schon bei den neuesten Flottenmaßnahmen der Washingtoner Regierung sein Teil denken.

Bedar man indessen weitere Entscheidungen fassen kann, wird man gut tun, die am 16. Juni beginnende Tagung der britischen Reichskonferenz abzuwarten. Sie wird sich neben anderen wichtigen Fragen auch mit der Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisses beschäftigen, das 1920 nur auf ein Jahr erneuert wurde. Nicht umsonst hat die japanische Regierung den Kronprinzen gerade jetzt nach Europa geschickt und ihm allerhand vertrauliche Missionen mit auf den Weg gegeben. Aber das Gewicht seiner Mission soll offenbar auch in der Heimat durch Faktoren von realer Bedeutung unterstützt werden. Es kommt hinzu, daß Japan nach den vielen ärgerlichen Streitigkeiten, die es in den letzten Jahren mit seinen chinesischen Nachbarn gehabt hat, nunmehr endlich mit ihm in Ordnung kommen will und die Politik der gepanzerten Faust, die die Japsiräger in Peking ausländischen Helfern und Freunden immer wieder in die Arme trieb, aufgeben will. Damit würde Amerika seinen bestliebtesten Vorwand für Einmischungsversuche in den Gang der ostasiatischen Entwicklungen verlieren; während Deutschland sich dieser Verabstimmung im fernem Osten freuen könnte, weil es ja sowohl von China wie von Japan noch am ehesten Verbindungen für die unendlichen Fernwirkungen der europäischen Wirtschaftskrisis und für die Notwendigkeit, ihr von allen Seiten her durch Rückkehr zur wahren Friedenspolitik den Boden abzugraben, erwarten kann. Verständigung zwischen Japan und China würde auch aller Wahrscheinlichkeit

nach auf die östlichen Randgebiete des russischen Reiches wohlwollende Auswirkungen ausüben, eine Entwicklung, die auch die Nachbarn in Moskau zu ernstlichem Nachdenken veranlassen würde. Viel wird dann freilich für den weiteren Gang der Dinge von der Haltung abhängen, die England einzunehmen gedenkt. Im Augenblick scheint es auf die Fortbildung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika ungleich größeres Gewicht zu legen als auf die Erhaltung der bisherigen Bündnisbeziehungen zu Japan. In dieser Entscheidung wird die Londoner Regierung ebenso sehr durch die Führung der amerikanischen Politik, wie durch die Vorstellungen der sogenannten Dominien, insbesondere Australiens, befaßt. Wer geglaubt hat, daß diese auseinanderstrebenden Tendenzen durch die Gemeinschaftlichkeit des Sieges gegen Deutschland eine Entspannung erfahren würden, sieht sich bitter getäuscht. Das Gegenteil ist der Fall, weil gerade mit dem Deutschen Reich ein Träger zusammengebrochen ist, der das Erdreich zwischen Ost und West zu halten imstande war. Man sieht ja auch: Statt der Abweisung, von der unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges so viel die Rede war, ist eine neue Periode des Flottenwettbewerbes angebrochen, in der Japan und Amerika an der Spitze marschieren. Jeder Vorschlag der einen Seite, sich zu internationalen Konferenzen zusammenzufinden, auf denen diesem Nahrungsfieber Einhalt geboten werden könnte, wird auf der anderen Seite mit ausgefuchter Höflichkeit zwar, aber mit unverkennbarer Verschleppungskunst behandelt, und wer es ausgehen hat, an Wunderkraft in Wälderleben zu glauben, kann die Zeichen der Zeit nicht mehr anders deuten, als daß irgendwann und irgendwo einmal abermals „Mars die Stunde beherrschen wird“.

Nicht heute und nicht morgen, selbstverständlich. Aber das Unwetter, das Deutschland schließlich zu furchtbarem Verhängnis geworden ist, hing auch erst jahrelang über uns, ehe es sich über Europa entlud. Es steht ganz so aus, als sollten anderen Erdteilen die gleichen Erfahrungen bechieden sein.

Englischer Nachschub nach Oberschlesien

Le Rond erhält neue Weisungen.

Nach einem Bericht aus London, den das „Journal“ wiederbringt, erklärte man in dortigen diplomatischen Kreisen, die britische Regierung sei entschlossen, nach Mitteln zu suchen, um aus der Berwirrung, die augenblicklich in Oberschlesien herrscht, herauszukommen. Die Regierung habe dem General Henniker Blantockvolmacht gegeben, um die polnischen Aufständischen aus gewissen Bezirken, die sie nicht räumen wollten, durch alle Mittel, die er für gut halte, hinauszutreiben. Man füge noch hinzu, daß es für notwendig gehalten werde, neue englische Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden. Eine offizielle Koifizierung dieser Absicht an Frankreich sei bereits erfolgt.

„Times“ meldet aus Opatowitz, daß von den Alliierten in Oberschlesien jetzt ein endgültiger Aktionsplan angenommen sei und bereits in Ausführung gebracht werde. Bewaffnete Deutsche südlich von Gleiwitz haben den Befehl erhalten, sich westlich der Oder zurückzuziehen, desgleichen die Polen in demselben Abzucht bis zur Grenze zwischen den Bezirken Albnit und Pleß. Darauf soll die weitere Zurückziehung sowohl seitens der Polen, als auch seitens der Deutschen folgen, bis das gesamte Abstimmungsgebiet von bewaffneten Zivilisten frei ist.

Der Berichterstatter der „Times“ schreibt, die größte Schwierigkeit werde die Frage der Polizei bilden. Ganze Bataillone Insurgenten tragen jetzt den grünen Wappenstein der Abstimmungsgebiete. Wenn die deutschen Polizisten, die gemeinsam mit dem Selbstschutz gekämpft haben, ihr Amt wieder antreten, dann werde sich auf polnischer Seite der Aufstand erheben, daß das Land den Deutschen ausgeliefert werde. Die Frage der Bildung einer unparteiischen Polizeitruppe ist augenblicklich eines der ernstesten Probleme, denen sich die Kommission gegenüber sieht.

Die französische Regierung hat jetzt auf das Ersuchen der britischen Regierung, sich England anzuschließen und die alliierten Militärbehörden (die französischen und italienischen) zu ernächtigen, ihre Truppen, wo und wann dies für notwendig befunden wird, gegen die polnischen Insurgenten einzusetzen, beantwortet hat. Die französische Regierung erklärt, daß General Le Rond Weisungen erhalten hat, mit den Engländern und Italienern zusammenzuwirken. Sie machte jedoch „gewisse Vorbehalte“.

Nachlassen der Kämpfe.

Amlich wird von Opatowitz aus verlautbart: Die Kampftätigkeit der Insurgenten hat allgemein nachgelassen. Bei Zembowitz nahmen die Polen erneut Sprengungen vor. Im Kreis Opatowitz wurden die deutschen Stellungen und der Wabnböi Kanstrain von den Aufständischen erneut befohlen.

Die Artillerietätigkeit der Polen bei Ratibor ist schwächer geworden. Die Ossauer Brücke wurde von den polnischen Banden erneut gesprengt. Bei Studjenna kleinere Schießereien.

Die Bevölkerung im Industriegebiet leidet immer mehr unter der Nahrungsmittelknappheit. Mehl, Milch, Zucker, Kartoffeln und Gemüse fehlen fast gänzlich. Die Insurgenten führen weiterhin große Mengen der geforderten Kohle nach Polen aus.

Die polnischen Truppen an der deutschen Grenze wurden in den letzten Tagen durch sogenannte Rollbataillone ersetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes

Zu dem im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zurzeit behandelten Entwurf wird vielfach die Meinung geäußert, es sei Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf eine Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt einzuführen. Es wird behauptet, das Gesetz wolle dem Arbeitgeber vorschreiben, welche Arbeitnehmer er einzustellen, und dem Arbeitnehmer, in welchen Arbeitsplatz er einzutreten habe. Demgegenüber wird betont, daß diese Absicht dem Entwurf völlig fernliegt. Die freie Entscheidung des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers soll durch den Entwurf in keiner Weise beeinträchtigt werden. Sein Ziel ist, die vorhandene Organisation des Arbeitsnachweiswesens zu festigen und zu vereinheitlichen und damit sowohl dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer, darüber hinaus aber auch den allgemeinen Bedürfnissen des Wirtschaftslebens zu dienen.

Bedenken gegen die geplanten Fernsprechgebühren.

Der dem Reichspostministerium beigelegte Verkehrsbeitrag hat zwar die Notwendigkeit einer Gebührenerhöhung im Fernsprechwesen anerkannt, aber mit Rücksicht auf die unbefriedigende Betriebslage im Fernverkehr Bedenken dagegen erhoben, daß die erhöhten Sätze in Kraft treten, bevor sich der Betrieb ordnungsgemäß abwickelt. Uneinigkeit in der Reparationskommission.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß die Reparationskommission sich über gewisse Fragen, die den Friedensvertrag betreffen, nicht hat einigen können. Es handelt sich außer um die Festschreibung des Preises der von Deutschland auf dem Wasserwege gelieferten Kohlen um die Festschreibung des Betrages der belgischen Kriegsschuld und ferner um die Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Kleinstaaten. Die Reparationskommission hat nunmehr die Alliierten Regierung ersucht, sich zunächst untereinander zu einigen.

Die Auflösung der Organisation Escherich.

Amlich wird eine Darstellung über die Organisationsfrage ausgegeben, worin es heißt: Die Ausführungen des Forstrates Escherich über die Auflösung der Organisation Escherich beruhen auf unrichtigen Annahmen. Eine Durchbrechung der Grundzüge des deutschen Vereinsrechtes liegt nicht nur in der Auflösung der Organisation Escherich, sondern auch in der Auflösung der oberbayerischen Einwohnerwehr und der ostpreussischen Wehren, soweit diese Verbände nach der Entwaflnung friedliche, mit dem Vereinsrecht zu vereinbarende Ziele verfolgen. In dieser Durchbrechung ist Deutschland durch den Friedensvertrag in Verbindung mit der Pariser Note und dem Ultimatum gezwungen und verpflichtet. Daß die Entente die Auflösung der Organisation Escherich, wenn sie nicht auf die Liste gesetzt worden wäre, gar nicht gefordert haben würde, ist irrig.

Fall Gareis und Generalkriegs.

Der als Entlastungsfundgebung gegen die Ermordung des Abgeordneten Gareis in München angelegte dreitägige Generalkrieg trat nur teilweise in die Erscheinung. In den Großbetrieben herrschte Arbeitsruhe, etwa 40 Prozent der Gesamtarbeiterschaft feierten, der Straßenbahnverkehr ist gestört, die Zeitungen sind nicht erschienen. Das unabhängige Organ Der Kampf wurde beschlagnahmt. Bis zum Sonntag war der Attentäter noch nicht erbeutet.

Kinderesend im besetzten Rheinland.

Ein Appell an einen französischen Vater!
In Düsseldorf tagt zurzeit ein Kongress großer Fürsorgekörperperschaften zur Linderung des deutschen Kinderelends.

Der Düsseldorfener Regierungspräsident Grünher führte aus: Eben hat die Düsseldorfener Handwerkerkammer mit